



Ausschuss für Heimat und Kommunales

42. Sitzung (öffentlich)

3. Mai 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 10:22 Uhr

Vorsitz: Guido Déus (CDU)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 3

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung um den TOP 5 „Verschiedenes“ zu ergänzen.

1 Was dem Élysée-Palast recht ist, ist dem Ruhrgebiet billig: für eine soziale Wärmewende in Ballungsgebieten mit Abwasser heizen! 4

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6852

Ausschussprotokoll 18/521 (Anhörung vom 12.03.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

2 Aktueller Sachstand zur Fluthilfe und zum Wiederaufbau *(fortlaufende Berichterstattung gemäß Vereinbarung [s. Ausschussprotokoll 18/88])* **6**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2532

– Wortbeiträge

3 Aktueller Sachstand zur Zuweisung, Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen *(fortlaufende Berichterstattung gemäß Vereinbarung [s. Ausschussprotokoll 18/88])* **7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2455
Vorlage 18/2460

– Wortbeiträge

4 Rechtsverordnung nach § 25 Absatz 2 Satz 1 KAG *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage])* **10**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2521

– keine Wortbeiträge

5 Verschiedenes **11**

hier: **Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften (Gesetzentwurf Drucksache 18/7788)** **11**

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss geplanten zweiten Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetzentwurf zu beteiligen.

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, für Abstimmungen im Rahmen der zur Auswertung der geplanten zweiten Anhörung von Sachverständigen und Beschlussfassung vorgesehenen gemeinsamen Sitzung mit dem Innenausschuss Fraktionsstärke zu vereinbaren.

1 Was dem Élysée-Palast recht ist, ist dem Ruhrgebiet billig: für eine soziale Wärmewende in Ballungsgebieten mit Abwasser heizen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6852

Ausschussprotokoll 18/521 (Anhörung vom 12.03.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 29.11.2024)

Vorsitzender Guido Déus erinnert daran, dass der Ausschuss sich nachrichtlich an der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beteiligt habe. Es gelte nun, dem federführenden Ausschuss im Anschluss an diese Sitzung das Votum des Ausschusses für Heimat und Kommunales zu übermitteln.

Justus Moor (SPD) zufolge haben die Sachverständigen die im Antrag getroffenen Aussagen bestätigt. Für das Gelingen der Wärmewende würden demnach kreative Lösungen gebraucht. Die Abwärme des Abwassers stelle in vielen Städten und Gemeinden und insbesondere im Ruhrgebiet eine mögliche Lösung dar, um Wärme umweltfreundlich sowie nachhaltig zu nutzen und Quartiere klimafreundlich aufzustellen.

Die Stellungnahmen enthielten zudem einige gute Ideen. Er halte es für sinnvoll, dass die Landesregierung sich verstärkt mit diesem Thema beschäftige und die Kommunen dabei unterstütze, diese Technologie im Rahmen der Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung zu berücksichtigen.

Tatsächlich lohne sich die Beschäftigung mit dem Thema der Nutzung von Abwärme aus Abwasser, so **Heinrich Frieling (CDU)**. Die Diskussion habe auch viele neue Erkenntnisse gebracht. Allerdings befassten sich insbesondere diejenigen Kommunen längst damit, in denen die Nutzung dieser Technologie infrage komme.

Amüsiert habe ihn die im Antrag formulierte Schlussfolgerung, dass die Technologie bei einer rein erneuerbaren Stromversorgung der Gebäude vollständig klimaneutral wäre. Dies gelte nämlich für alle strombasierten Wärmelösungen. Insgesamt enthalte der Antrag viele interessante Punkte und Beispiele, er halte ihn jedoch für nicht erforderlich, weil die Kommunen der Aufforderung des Landes nicht bedürften, um sich auf den Weg zu machen.

Die Forderung an die Kommunen, verpflichtende Potenzialkarten zu erstellen, schaffe zusätzlichen Aufwand, der vor allem dort obsolet erscheine, wo eine Nutzung der Abwasserabwärme offensichtlich nicht infrage komme. Auch an der Sinnhaftigkeit einer

landesweiten Potenzialkarte zweifele er. Die Kommunen hätten mit der kommunalen Wärmeplanung ohnehin einen großen Aufwand zu bewältigen und könnten gegebenenfalls im Zuge der allgemeinen Planungen auch die Aquathermie berücksichtigen.

Es handele sich zwar um ein schönes, aber auch um ein sehr spezielles Thema. Daher halte er es nicht für den richtigen Weg, den Kommunen diesbezüglich landesseitige Vorgaben zu machen. Das insgesamt gut angenommene Landesprogramm progres.nrw sehe bereits eine Förderung in Höhe von bis zu 100.000 Euro pro Projekt vor. Dieses richte sich an Unternehmen und Kommunen. Insofern gebe es bereits eine Unterstützung vonseiten des Landes.

Dirk Wedel (FDP) betont, die Anhörung habe das im Antrag aufgezeigte große Potenzial der Wärmegewinnung aus der Abwärme des Abwassers bestätigt.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.